

bedenke er den Wert einer dauernden Fühlungsnahe der einzelnen Gruppen unter Wahrung der vollen Selbständigkeit.

Mit diesem Sammlungsrat wird Herr Jensen weniger Erfolg haben als der glückliche Rattenfänger von Hameln. Und dann trat Herr Rupp - Berlin auf, um über das Verhältnis der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung zu den gewerkschaftlichen Organisationen zu reden. Er versicherte, daß die andere Seite - Sozialdemokratie und Gewerkschaften - den Klassenkampf nicht aufgegeben hätten und verurteilte es, die 3 Millionen Gewerkschaftler als sogenannte gesetzliche Vertretung der gesamten Arbeiterkraft von 18 Millionen Köpfen anzusehen - eher dann noch die angeblich 300 000 Wirtschaftsfriedlichen.

In der Diskussion wurden die Wirtschaftsfriedlichen auch für die bürgerlichen Parteien und ihre Politik reklamiert, die die ganze nationale Wohlfahrt bedeuten. Die vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft fand einstimmige Zustimmung und es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, es wirklich starkes und einiges Gebilde zu schaffen, das tatsächlich erspriessliche Arbeit zu leisten vermöge. Nachstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

Auf Einladung des Hauptauschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands hat am 1. Oktober 1915 in Berlin eine Versammlung von Angehörigen und Freunden der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung stattgefunden, auf welcher Arbeiter und Unternehmer der Industrie, des Bergbaus und des Handwerks, der Landwirtschaft, des Handels und der Schifffahrt sowie sonstige Berufsstände vertreten waren.

Die Versammlung hält es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Grundgedanken der neuen Bewegung immer mehr erkannt und anerkannt werden:

Debung des Arbeiterstandes bei voller Erhaltung seiner Anhängigkeit nach allen Seiten sowie Pflege eines vertrauensvollen Zusammenwirkens von Unternehmer und Arbeiter aus innerer Überzeugung und damit dauernde Sicherung eines gesunden Wirtschaftslbens.

Gerade der jetzige Krieg hat die Nichtigkeit dieser Grundgedanken erwiesen. Denn der Krieg hat in blühigen Blüten dem deutschen Volke die Tatsache vor Augen geführt, daß nicht im Kampf vermeintlicher Vorgesetzten, sondern in friedlicher Zusammenarbeit die Kraft und das Heil unseres Vaterlandes liegt. Nach dem Kriege wird ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Arbeiter und Unternehmer infolge der schwierigen Lage der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere im internationalen Wettbewerb, in erhöhtem Maße eine nationale Lebensfrage sein.

Die Versammlung begrüßt deshalb den vom Hauptauschuss geplanten weiteren Ausbau seiner Tätigkeit und erklärt sich bereit, der wirtschaftsfriedlichen Lehre und Bewegung, insbesondere auch in den ihr nahestehenden Kreisen und Verbänden, jegliche Förderung angedeihen zu lassen.

Sie stimmt dem Vorschlage des Hauptauschusses zu, eine Vertretung einzusetzen, welche dauernde Fühlungsnahe und Gedankenaustausch verbürgt. Dabei soll jedoch allen Beteiligten volle Freiheit ihrer Entschliessungen verbleiben.

Dem Hauptauschuss der nationalen Arbeiter- und Berufsverbände wurde alsdann die Ermächtigung erteilt, die zur Verwirklichung der gefassten Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ist enttäuscht von dem Berliner Ereignis. Sie verlangt von den Arbeitgebern, daß sie nun in der wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft tatkräftig mitarbeiten: „Das Interesse gemeinschaftlicher Arbeit und wachsender friedlicher Verständigung verlangt es nunmehr, daß auch die Arbeitgeber der kräftig aufstrebenden Bewegung mit Rat und Tat förderlich zur Seite stehen. Durch mancherlei Hindernisse und Mißverständnisse hat sich die wirtschaftsfriedliche, die „gelbe“ Bewegung hindurchbringen müssen. Man darf annehmen, daß jetzt auch für diese Organisationen eine neue Zeit anbricht und daß sie denjenigen Platz im wirtschaftlichen Leben erlangen wird, der ihr auf Grund ihrer gesunden politischen und sozialen Anschauungen in vollem Maße zukommt!“

Diese Zukunftshoffnung fest so viel Arbeiter einfließen voraus, als gar nicht aufzutreiben ist. Die aufrüttelnde Proklamation: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, hat in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden. Auch nach dem Reichskrieg Kämpfen die deutschen Arbeiter nicht für Knechtschaft, sondern für die Freiheit, die nicht die der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ist. Die Schupmacher sind überbies in der jetzigen Lage den Selben gegenüber das Erbe des langjährigen Führers der deutschen Schupfabrikanten, des verstorbenen Herrn Manz, zu erfüllen, der öffentlich in der Presse die Selben bekämpfte und ablehnte. Die Arbeiter werden päpstlicher als der Papst sein, wenn sie den verführerischen Lockungen der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ und ihrer angeworbenen proletarischen Mittelstänner folgen und ihre moralische Selbständigkeit und Selbstbestimmung preisgeben würden. Vorwärts und aufwärts wollen sie, nicht aber stille stehen, rückwärts und abwärts gehen.

Eisenbahner und Streikrecht.

Die Urteils von dem Ministerpräsidenten Graf von Hertling im bayerischen Landtag gemachte Mitteilung, daß demnach eine Konferenz von Vertretern der Staatsbahnverwaltungen stattfinden werde, um sich über die

Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahnbediensteten schlüssig zu werden, hat anscheinend in manchen Köpfen eine arge Besorgnis hervorgerufen. Einen anderen Schluß läßt ein Artikel, den der Syndikus desverbandes deutscher Eisenbahn-Ganbwerker und -Arbeiter, Herr Edward Niesel in der „Berliner Volks-Zeitung“ vor einiger Zeit veröffentlichte, nicht zu. Herr Niesel, der sich in dem Artikel als „Leiter der größten deutschen Eisenbahnvereinigung“ vorstellt - Vorsitzender ist der nationalliberale preussische Landtagsabgeordnete Jeller - beschwert sich bitter über die preussische Eisenbahnverwaltung, die angeblich die „Luftschütze über die bisherigen unabhängigen Verbände auch im Kriege weiter ausübt“, andererseits aber augenblicklich „den sozialistischen Gewerkschaftsbeamten die Werbefähigkeit geradezu in die Hand drückt“. Wir müssen es hier wiederholen, was Herr Niesel über die preussische Eisenbahnverwaltung zu sagen hat:

„Die preussische Eisenbahnverwaltung hat nämlich bisher stets streng darauf bestanden, daß ihr das Aufsichtrecht über die Vereinigungen ihrer Beamten und Arbeiter gewahrt bleibt. Sie hat deshalb die Beamten des Eisenbahnverbandes nicht anerkannt, sondern zieht den noch im Dienste befindlichen Vorstenden für jedes mündliche und schriftliche Wort, das seitens irgend eines Verbandsangehörigen gefallen war, zur Verantwortung, hat sehr oft die Versammlungen überwachen lassen, hat sich z. B. jetzt wieder das Recht zur Überwachung der Sammlungen innerhalb dieser Verbände für Kriegszweckzwecke gesichert usw. Auf der anderen Seite hat man sozialistischen Gewerkschaftsbeamten von Privatbeiterverbänden, über die man selbstverständlich ein derartiges Aufsichtrecht nicht ausüben kann, auf einmal einen Freischein zur Werbetätigkeit unter den Eisenbahnbediensteten in die Hand gedrückt. Hierdurch fühlen sich selbstverständlich die unabhängigen Organisationen stark zurückgesetzt.“

Diese Auslassungen sind in jeder Beziehung beachtenswert. Zunächst muß es auffallen, daß der von Herrn Niesel vertretene Erier-Berliner Verband die Beaufsichtigung durch die Eisenbahnverwaltung als drückend empfindet. Denn vor dem Kriege war, was dort jetzt als Aufsicht und Überwachung bezeichnet wird, eine Ehre für den Verband, die ihm, wie das oft zum Ausdruck gebracht worden ist, nur zum Vorteil gereichen konnte. Was aber den „Freischein“ zur Werbetätigkeit der sozialistischen Gewerkschaftsbeamten betrifft, so können damit nur die Aufseherungen einiger preussischer Eisenbahndirektionen gemeint sein, wonach zur Zeit den Arbeitern wegen Zugehörigkeit zu ihren Berufsorganisationen nicht in den Weg gelegt werden soll. Dieses Zugeständnis, das mehr dem Zwange der Verhältnisse, denn durch den Krieg verursachten Arbeitermangel als einer freien Entschliessung sein Dasein verdankt, ist also dem Erier-Berliner Verband und seiner nationalliberalen Leitung schon zu viel. Solange die preussische Eisenbahnverwaltung mit allen Mitteln Mitglieder der freien Gewerkschaften und Anhänger der Sozialdemokratie aus ihren Betrieben fernzuhalten suchte, empfand der Erier-Berliner Verband die Beaufsichtigung durchaus nicht drückend. Erst seitdem die Eisenbahnverwaltung die Beschäftigung von Mitgliedern der freien Gewerkschaften zuläßt, macht sich bei der Leitung des Erier-Berliner Verbandes ob der Beaufsichtigung ein drückendes Gefühl bemerkbar. Was früher eine Ehre, eine Bevorzugung war, ist auf einmal Beaufsichtigung und Jurisdiktion. Die Befehlshaber des genannten Verbandes seitens der Eisenbahnverwaltung hat auch während des Krieges nicht die geringste Veränderung erfahren und dennoch fühlt der Verband sich zurückgesetzt, stark zurückgesetzt, nur weil die Eisenbahnverwaltung aus der Not eine Tugend machend, hier und da frei organisierte Arbeiter auszuliefernde in die Betriebe einstellt.

Ist das allein schon geeignet, die Leitung einer „unabhängigen“ Staatsarbeiterorganisation in Aufregung zu versetzen, so mußte die Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten, daß auf einer Konferenz der Bundesstaaten die Frage des Streikrechts der Eisenbahner erörtert werden soll, die Herren ganz aus dem Sänftchen bringen. Besonders Herrn Niesel muß eine unlagbare Angst und Aufregung besessen haben, davon legen einige weite Ausführungen in seinem Artikel Zeugnis ab. Der Herr Syndikus vertritt den Standpunkt, daß die Regelung des Streikrechts der staatlichen Eisenbahner eine Angelegenheit sei, die zwischen den Eisenbahnverwaltungen und ihren Bediensteten selbst abzumachen sei. Nun sei aber letztens diese an sich nicht unwichtige Frage zu einer parteipolitischen gestempelt worden. Das letztere ist zweifellos richtig. Aber Herr Niesel möchte dafür die Sozialdemokratie verantwortlich machen und das ist nicht richtig. Aus der prinzipiellen Gegnerchaft gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und zur Bekämpfung derselben wurden alle jene Maßnahmen seitens der Eisenbahnverwaltungen ergriffen, durch die die Eisenbahnbediensteten in der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte gekemmt werden und aus parteipolitischen Gründen haben die bürgerlichen Parteien stets diese Maßnahmen gutgeheißen. Parteipolitische Gründe waren es, die die bayerische Landtagsmehrheit veranlaßten, die Regierung in die Averspolitik zu setzen und parteipolitische Gründe waren es, die den Erier-Berliner Verband 1910 zu seiner ablehnenden Stellung zum Arbeitskammergesetz veranlaßten. Und ist die von dem Herrn Syndikus gestellte Frage: „Wollen die bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen der Sozialdemokratie auf die Dauer ihre Pforten öffnen?“ vielleicht keine parteipolitische?

Die Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahner ist in der Tat zu einer parteipolitischen gestempelt worden, aber nicht von der Sozialdemokratie, sondern von jenen

politischen Parteien, die auch darin ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zu erkennen glaubten. Wenn der Herr Syndikus nun die Begriffe verwechselt und das unterje nach oben lehrt, so soll ihm das nicht allzu hart angedreht werden, weil er in der Aufstellung seiner Behauptungen ein Meister ist und aus Angst und Aufregung hervorgegangene Verlehrtheiten menschlich begreiflich sind. Die Kläglichkeit muß man aber bemerken, mit der Herr Niesel Behauptungen aufstellt, deren Unrichtigkeit auf den ersten Blick erkennbar ist. Er schreibt: „Kein einziger Eisenbahner hat das Streikrecht jetzt verlangt und kein einziger Eisenbahner hat auch eine Venderung seines Koalitionsrechts in den wesentlichsten Grundzügen gefordert.“ Die Eisenbahner sollen, nach Niesels Behauptung, der rein parteipolitischen Forderung, die von sozialdemokratischer Seite erhoben wurde, vollständig fernstehen. Es ist schon öfters gesagt worden; daß Herr Niesel, der „Leiter der größten Eisenbahnvereinigung“ die Wünsche und Ansichten seiner Verbandsmitglieder zum großen Teile nicht kennt. Man muß das glauben, will man nicht annehmen, daß der Herr die dreifachen Behauptungen wider besseres Wissen aufstellt, Jedermann ist zur Genüge bekannt, daß die Eisenbahner ihre Forderung bezüglich Koalitionsfreiheit nicht öffentlich aussprechen können. Der Herr Syndikus sagt selbst, daß der noch im Dienst befindliche Vorsitzende des Erier-Berliner Verbandes für jedes mündliche oder schriftliche Wort, das seitens irgendeines Verbandsmitgliedes gefallen ist, zur Verantwortung gezogen wird. Er weiß also, daß die Eisenbahner sich nicht offen und frei aussprechen können und sollte eigentlich auch wissen, daß die im Arbeiterverhältnis stehenden Eisenbahnbediensteten in der überwogenen Mehrheit hinter der sozialdemokratischen Forderung stehen. Herr Niesel scheint nun zwar nichts zu wissen, aber doch so etwas zu vermuten. Und in dieser Vermutung sind seine Befürchtungen, ist seine Angst, begründet.

Man stelle sich nur einmal vor, die Verwaltungen der Staatsbahnen kämen auf der Konferenz dahin überein, den Eisenbahnbediensteten die Koalitionsfreiheit zu gewähren. Was würde dann wohl in kurzer Zeit aus dem Erier-Berliner Verband und aus all den anderen „unabhängigen“ und „nationalen“ Eisenbahnorganisationen werden, deren aller Existenz doch nur in der systematischen Erhaltung der freien Gewerkschaften von den Eisenbahnbetrieben ruht. Ja, wir können die Befürchtungen jener Herren verstehen und begreifen. Weniger verständlich ist dagegen die Kurzsichtigkeit der Leiter dieser „unabhängigen“ Eisenbahnorganisationen. Infast dem Zuge der Zeit zu folgen, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, ihren Organisationen einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu verschaffen und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften der Privatarbeiter an der Lösung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterfragen zu wirken, treten sie den darauf gerichteten Bestrebungen schroff entgegen, suchen die Eisenbahner durch Schaffung von Ausnahmegesetzen (Staatsarbeiterrecht) noch mehr als bisher von der fortgeschrittenen Arbeiterkraft zu isolieren und dadurch die auch von den Eisenbahnern gewünschte Lösung sozialer Probleme hinauszuschieben, wenn nicht gar unmöglich zu machen. In ihrer Verblendung und Kurzsichtigkeit vermögen diese Organisationsleiter nicht einzusehen, daß sie durch ihr Verhalten die Notwendigkeit herbeiführen und die freien Berufsorganisationen geradezu nötigen, ihrerseits die Organisierung der Eisenbahner in die Hand zu nehmen. Und darüber brauchen sich die Herren auch keiner Täuschung mehr hinzugeben, daß nach dem Kriege, ganz gleich, welche Stellung die Konferenz der Vertreter der Bundesstaaten auch zum Streikrecht der Eisenbahner einnehmen wird, die freien Gewerkschaften den Weg in die Eisenbahnbetriebe finden werden.

Herr Niesel gibt vor, den Standpunkt der überwiegenden Mehrheit der Eisenbahner in seinem Artikel zu vertreten. Das ist natürlich ebensowenig zutreffend, wie seine übrigen Behauptungen. Im Gegenteil wird selbst die Mehrheit der Erier-Berliner Verbandsmitglieder kein Verständnis für das törichte Gebahren ihres Herrn Syndikus haben. In einem Augenblicke, da das Bewußtsein einflussreicher Männer aus allen Volkskreisen, an den maßgebenden Stellen einiges Verständnis für die aller notwendigsten Reformen wahrzunehmen beginnt, in bescheidenem Maße Wurzeln zu schlagen, da stellt sich dieser Herr hin und ruft warnend: „Soll etwa durch die, wenn auch nur bedingungsweise Zulassung der Sozialdemokratie, die übrigens von keinem einzigen Eisenbahner verlangt wird, ein Zustand geschaffen werden, der nachher auch die Berechtigung zur Förderung der „gelben“ Gewerkschaften innerhalb der Eisenbahnbetriebe geben soll?“ Wenn der Herr glaubt, damit irgendwelchen Eindruck machen zu können, irrt er sich und er beweist damit nur, daß er aus dem Kriege und seinen Begleiterscheinungen nichts zu lernen vermochte. Die freien Gewerkschaften werden trotz Herrn Niesel in die Eisenbahnbetriebe eindringen und die Sozialdemokratie ist schon längst dort eingezogen.

Welleicht aber hat die Veröffentlichung des Herrn Syndikus doch einen guten Zweck und zwar den, die Mitglieder des Erier-Berliner Eisenbahnverbandes zu veranlassen, mit ihrer Verbandsleitung einmal ernste Beratung darüber zu pflegen, ob es nicht im Interesse der Eisenbahner liege, den Anfang zu der vielversprochenen Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes zu machen und eine Gemeinschaft mit den übrigen Arbeitern herbeizuführen, infast die alte feindselige Cautis fest und nach dem Kriege festzuhalten.

